



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe März 2013 II

Inhalt:

1. **GdP fordert Übernahme des Tarifiergebnisses für Beamte**
2. **MP Dreyer: Irritierende Rede zur „Internationalen Woche gegen Rassismus“**
3. **Internationaler Frauentag im PP Mainz**
4. **GdP vor Ort bei der ZBS in Speyer**
5. **Tina Horn ehrenamtlich beim OVG**
6. **Terminhinweise GdP-Personengruppen**
7. **Wörterbuch für den polizeilichen Alltag**
8. **Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!**
9. **Wir sind an Deiner Seite**


1. GdP fordert Übernahme des Tarifiergebnisses für Beamte

Besoldungsdiktat muss weg

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder haben ein annehmbares Ergebnis erzielt. Gehaltssteigerungen von 2,65 % für 2013 und 2,95 % für 2014 führen dazu, dass die Tarifbeschäftigten an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können.

Die Beamtinnen und Beamten sind auf 1 % gedeckelt. Dies ist nicht hinnehmbar.

Der DGB hat die Ministerpräsidentin aufgefordert, das Tarifiergebnis zeit- und inhaltsgleich zu übertragen.

Nach Auffassung des DGB-Vorsitzenden Dietmar Muscheid kann es nicht angehen, dass eine ganze Statusgruppe von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt wird. Die Gehaltsschere spreizt sich immer mehr auseinander. Die Besoldungsdeckelung führt dazu, dass die verfassungskonforme Alimentation nicht mehr gegeben ist. In seinem Schreiben an die Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat der DGB-Vorsitzende unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass der DGB und seine Mitgliedsge-


werkschaften gegen das 1 %-Diktat klagen. Muscheid: Solange die Landesregierung auf der Deckelung der Besoldungserhöhungen besteht und den Beamtinnen und Beamten einen adäquaten Anteil an der tariflichen Entwicklung verweigert, wird es Unmut und Protest geben.

Die Kürzungen und Besoldungsdiktate wurden vom rheinland-pfälzischen Landtag beschlossen. Die Vorsitzender von GEW, Klaus-Peter Hammer, Verdi Uwe Clemens und GdP Ernst Scharbach haben sich daher in einem Brief an die Landtagsfraktionen und Parteien gewandt.

Uwe Clemens: Die Schere der Einkommensentwicklung zwischen Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamte geht immer weiter auseinander. Der Tarifab-



schluss für die Jahre 2013 und 2014 zeigt deutlich, dass die Grundannahme des 1. Dienstrechtsänderungsgesetzes, dass sich auch die Gehaltssteigerungen im Bereich von einem Prozent bewegen werden, nicht mehr haltbar ist.
 Klaus-Peter Hammer: Bereits in den Jahren 2007 und 2008 wurde die Mehrzahl der Beamtinnen und Beamten auf eine Besoldungssteigerung von 0,5 % gedeckelt. Eine weitere Abkopplung ist nicht mehr hinnehmbar.
 Ernst Scharbach: Wir fordern daher die im Landtag vertretenen Parteien dazu auf dafür Sorge zu tragen, dass die 1 %-Deckelung der Besoldung aufgehoben wird und das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Ansonsten werden die eingereichten Klagen dieses Diktat zu Fall bringen.

2. MP Dreyer: Irritierende Rede zur „Internationalen Woche gegen Rassismus“

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin **Malu Dreyer** hielt am 11. März als Schirmherrin der „Internationalen Woche gegen Rassismus“ die Eröffnungsrede. Hierüber wurde in den Medien bundesweit berichtet. Unter anderem wurde in der „Tagesschau“ vom 11. März ein Beitrag gesendet, in dem ein kleiner Teil ihrer Rede wiedergegeben wurde. Wörtlich sagte Frau Ministerpräsidentin Dreyer: *„Rassismus beginnt im Kopf und leider bleibt es dort nicht mal, häufig folgen aus diesen Zuschreibungen diskriminierende Handlungen, z.B. eine Polizeikontrolle rein aufgrund der Hautfarbe.“* Viele Kolleginnen und Kollegen fühlten sich betroffen und diskreditiert. Hintergrund der



Aussage war wohl ein in den Medien bundesweit viel beachteter Prozess um eine Personenkontrolle der Bundespolizei. Die Beamten hatten einen dunkelhäutigen Deutschen kontrolliert und ihre Kontrolle auch vor Gericht mit dessen Hautfarbe begründet. Das OVG Koblenz (Az.: 7 A 10532/12.OVG) hat in seinem Urteil vom letzten Jahr festgestellt, dass die Kontrolle unrechtmäßig war. Trotz dieses Bezuges konnte die Aussage der Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz von Bürgern und Kollegen so aufgefasst werden, als kämen solche Diskriminierungen auch bei der rheinland-pfälzischen Polizei vor. GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** hat der Ministerpräsidentin deswegen einen Brief geschrieben und sie aufgefordert, an geeigneter Stelle klarstellende Worte zu finden. Die Beschwerde wurde allerdings auch in einen größeren Kontext gestellt. Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode wird unserer Polizei seitens der Landesregierung offenbar mit einigem Misstrauen begegnet. Wir haben noch einmal daran erinnert, dass Bündnis 90/Die Grünen im Parlament angekündigt haben die Polizei **demokratisieren** zu wollen - als seien wir Handlanger eines totalitären Regimes. Nicht zu vergessen die Kennzeichnungspflicht, die tausende von Kolleginnen und Kollegen unter Generalverdacht stellt, obwohl nachweisbar gar keine ungeklärten Fälle existieren. Auch die Forderung nach einer Beschwerdestelle beruht auf keinem tatsächlich vorhandenen Mangel an Beschwerdeinstanzen, sondern dient allein einer Klientelpolitik und ist Ausweis des tiefen Misstrauens gegen eine seit Jahrzehnten vorbildlich agierende, demokratische und rechtsstaatliche Bürgerpolizei in Rheinland-Pfalz. Wir haben die Ministerpräsidentin darüber hinaus um einen persönlichen Gesprächstermin gebeten, um die Angelegenheit besprechen zu können. Wir werden über die Antwort berichten.



3. Internationaler Frauentag im PP Mainz

Drei fachliche Vorträge prägten das Treffen der Frauen am 8. März:

Astrid Grünanger berichtete über ihre Ausbildungsmission in Afghanistan. Unterlegt mit beeindruckenden Bildern präsentierte sie Impressionen aus einer fremden Welt. Auch sechs angehende Polizistinnen nahmen an der Ausbildung teil.



Im Anschluss erstattete **Isabelle Steyer**, Schieß- und Einsatztrainerin im PP Mainz, Bericht über ihr Abwehr- und Zugriffstraining, das speziell für Frauen angeboten wird.

Stefanie Loth berichtete über den Warnstreik am 4. März und die Nachforderung der GdP bei den Beförderungen. Anstelle einer Re-Auditierung hat die Landesregierung eine Selbstverpflichtung zum Thema Vereinbarkeit niedergelegt. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema Beurteilung von Frauen und Männern im Polizeivollzugsdienst lässt Rheinland-Pfalz in einem relativ schlechten Licht dastehen. Andere Länder scheinen in Sachen Gleichstellung weiter zu sein.

Anne Knewitz

4. GdP vor Ort bei der ZBS in Speyer

Die Bezirksgruppe hatte die Beschäftigten der ZBS und der PI Speyer zu einem GdP-Lunch mit Würstchen und Kartoffelsalat in der Mittagspause eingeladen.

Isabel Sorg und **Hermann Schlindwein**, Vertreter der Beschäftigten im GPR/öPR des PP Rheinpfalz und Kandidaten für die Personalratswahlen, informierten über das Tarifergebnis und beantworteten Fragen rund um das Tarifrecht und um die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. **Margarethe Relet** vom Landesvorstand führte intensive Gespräche über die aktuelle Situation in der ZBS. Zwar konnten viele



technische Probleme zwischenzeitlich beseitigt werden, aber „rund“ läuft es noch lange nicht. Beklagt wurde unter anderem eine hohe Arbeitsbelastung, die sich durch krankheitsbedingte Ausfälle wie Grippe und bevorstehende Urlaubszeiten noch steigern wird. Die Bemühungen aller

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Bestes zu geben, wird hoch anerkannt. Die GdP wird die Entwicklung in der ZBS weiter beobachten und dort, wo Hilfestellung möglich ist, die Kolleginnen und Kollegen unterstützen.



5. Tina Horn ehrenamtlich beim OVG



Auf Vorschlag der GdP und des DGB wurde Kollegin Tina Horn (Dozentin an der FH) zur ehrenamtlichen Beisitzerin beim Obergerverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz gewählt.

Der Senat des OVG ist zuständig für Disziplinarsachen des Landes.

6. Terminhinweise GdP-Personengruppen

Die landesweiten Konferenzen der GdP-Frauen und der GdP-Senioren finden am Donnerstag, dem 21. November 2013 in der Fachhochschule auf dem Hahn statt. Die Landesjugendkonferenz ist für den Januar 2014 geplant.

7. Wörterbuch für den polizeilichen Alltag



NEU +++ NEU +++ NEU +++NEU

Fachwörterammlung

Deutsch-Englisch / Englisch-Deutsch

Aus der Praxis für die Praxis

Autor: Horst Mehlinger, SEK RP

Taschenbuchausgabe 10/2012

Nachschlagewerk mit Erläuterungen und Beispielen auf 256 Seiten!

Preis: **7,95 €** zzgl. Versand

Für GdP-Mitglieder: **5,00 €**

zzgl. Versand

8. Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!



Exklusiv und ganz speziell zugeschnitten auf die Vorschriften im Land hat unser PSW den Ratgeber „Beihilferecht Rheinland-Pfalz von A bis Z“ auf den Markt gebracht.

Bei den Kreisgruppen liegen Ansichtsexemplare bereit, Bestellungen können dort aufgegeben werden.

477 Seiten praktische Hilfe bei der komplexen Materie des Beihilferechts für nur 12,50 €.

GdP-Mitglieder zahlen den Vorzugspreis von 10,00 €!



9. Wir sind an Deiner Seite

Komm jetzt in unsere Gemeinschaft

500.000 Mitglieder in Europa: <http://www.eurocop-police.org/>

170.000 Mitglieder in Deutschland: <http://www.gdp.de/>

7.600 Mitglieder in Rheinland-Pfalz: <http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz>

Unsere Community: <http://www.friends.gdp-bka.de/>

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!

06131/96009-23 oder -31 <http://www.psw-rp.de/>

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

Funktionsbekleidung unter <http://gdp.mattis-shop.de>

Shop-Login unter outlast@psw-rp.de

Polizeiausrüstung unter <http://gdp.polas24.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 📠 06131-96009-99